

BUNDESGESETZBLATT

FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH

Jahrgang 1991

Ausgegeben am 31. Oktober 1991

204. Stück

560. Kundmachung: Geltungsbereich des Übereinkommens über die Erklärung des Ehewillens, das Heiratsmindestalter und die Registrierung von Eheschließungen
561. Kundmachung: Geltungsbereich des Internationalen Übereinkommens gegen Geiselnahme
562. Vereinbarung zwischen dem Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr der Republik Österreich und dem Verkehrsminister der Bundesrepublik Deutschland nach Rn. 2010 ADR über die Beförderung von magnesium-imprägniertem Koks mit einem durchschnittlichen Magnesiumgehalt von 42,5%, höchstens jedoch 48,0%, als Stoff der Klasse 4.3, Ziffer 1 d)
563. Vereinbarung zwischen dem Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr der Republik Österreich und der für das ADR zuständigen Behörde des Königreiches Norwegen gemäß Rn. 10 602 ADR betreffend Übergangsvorschriften hinsichtlich der ADR-Novelle vom 1. 1. 1990
564. Protokoll über den Beitritt Boliviens zum Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen (NR: GP XVIII RV 93 VV S. 30. BR: AB 4066 S. 542.)

560. Kundmachung des Bundeskanzlers betreffend den Geltungsbereich des Übereinkommens über die Erklärung des Ehewillens, das Heiratsmindestalter und die Registrierung von Eheschließungen

Nach Mitteilungen des Generalsekretärs der Vereinten Nationen haben folgende weitere Staaten ihre Beitrittsurkunde zum Übereinkommen über die Erklärung des Ehewillens, das Heiratsmindestalter und die Registrierung von Eheschließungen (BGBl. Nr. 433/1969, letzte Kundmachung des Geltungsbereiches BGBl. Nr. 452/1988) hinterlegt bzw. erklärt, sich auch nach Erlangung der Unabhängigkeit an dieses Übereinkommen gebunden zu erachten:

Staaten:	Datum der Hinterlegung der Beitrittsurkunde bzw. Kontinuitätsklärung:
Antigua und Barbuda	25. Oktober 1988
Mongolei	6. Juni 1991

Vranitzky

561. Kundmachung des Bundeskanzlers betreffend den Geltungsbereich des Internationalen Übereinkommens gegen Geiselnahme

Nach Mitteilungen des Generalsekretärs der Vereinten Nationen haben folgende weitere Staaten ihre Ratifikations- bzw. Beitrittsurkunden zum Internationalen Übereinkommen gegen Geiselnahme (BGBl. Nr. 600/1986, letzte Kundmachung des Geltungsbereiches BGBl. Nr. 655/1986) hinterlegt:

Staaten:

Datum der Hinterlegung der Ratifikations- bzw. Beitrittsurkunde:

Australien	21. Mai 1990
Brunei	18. Oktober 1988
Bulgarien	10. März 1988
Côte d'Ivoire	22. August 1989
Dänemark	11. August 1987
Ecuador	2. Mai 1988
Ghana	10. November 1987
Grenada	10. Dezember 1990
Haiti	17. Mai 1989
Japan	8. Juni 1987
Jugoslawien	19. April 1985
Kamerun	9. März 1988
Kuwait	6. Februar 1989
Luxemburg	29. April 1991
Mali	8. Februar 1990
Mexiko	28. April 1987
Nepal	9. März 1990
Niederlande (einschließlich Niederländische Antillen und Aruba)	6. Dezember 1988
Oman	22. Juli 1988
Rumänien	17. Mai 1990
St. Kitts und Nevis	17. Jänner 1991
Saudi-Arabien	8. Jänner 1991
Senegal	10. März 1987
Sowjetunion	11. Juni 1987
Sudan	19. Juni 1990
Tschechoslowakei	27. Jänner 1988

Staaten:	Datum der Hinterlegung der Ratifikations- bzw. Beitrittsurkunde:
Türkei	15. August 1989
Ukraine	19. Juni 1987
Ungarn	2. September 1987
Venezuela	13. Dezember 1988
Weißrußland	1. Juli 1987
Zypern	13. September 1991

Nachstehende Staaten haben anlässlich der Hinterlegung ihrer Ratifikations- bzw. Beitrittsurkunde Vorbehalte erklärt bzw. Erklärungen abgegeben:

Gemäß Art. 16 Abs. 2:

Saudi-Arabien, Türkei, Venezuela.

Bulgarien:

Vorbehalt zu Artikel 16 Absatz 1:

Bulgarien betrachtet sich durch die Bestimmungen von Artikel 16 Absatz 1 des Internationalen Übereinkommens gegen Geiselnahme als nicht gebunden und erklärt, daß jede Streitigkeit über die Auslegung und Anwendung des Übereinkommens zwischen Vertragsstaaten, die einem Schiedsverfahren unterworfen oder dem Internationalen Gerichtshof unterbreitet wird, in jedem einzelnen Fall die Zustimmung aller Streitparteien erfordert.

Erklärung zu Artikel 9 Absatz 1:

Bulgarien verurteilt jeden Akt von internationalem Terrorismus, dem nicht nur Regierungs- und Staatsbeamte sondern auch viele unschuldige Menschen einschließlich Mütter, Kinder, alte Menschen zum Opfer fallen, der sich zunehmend destabilisierend auf internationale Beziehungen auswirkt und der, ungeachtet der Gründe, die zur Erklärung terroristischer Handlungen angeführt werden, die politische Lösung von Krisensituationen beträchtlich erschwert. Bulgarien ist der Ansicht, daß Artikel 9 Absatz 1 des Übereinkommens im Einklang mit den erklärten Zielen des Übereinkommens zur Anwendung gelangen sollte; dazu zählt die Entwicklung einer internationalen Zusammenarbeit bei der Ergreifung wirksamer Maßnahmen zur Verhütung, strafrechtlichen Verfolgung und Bestrafung aller Geiselnahmen als Ausdruck des internationalen Terrorismus, einschließlich der Auslieferung von Verdächtigen.

Jugoslawien:

Die Sozialistische Föderative Republik Jugoslawien stellt hiemit fest, daß die Bestimmungen des Art. 9 des Übereinkommens in der Praxis dermaßen

ausgelegt und angewendet werden sollten, daß dadurch die Ziele des Übereinkommens nicht in Frage gestellt werden, zB Ergreifung wirksamer Maßnahmen zur Verhütung jeder Form von Geiselnahmen als Phänomen des internationalen Terrorismus sowie auch strafrechtliche Verfolgung, Bestrafung und Auslieferung von Personen, die verdächtigt werden, diesen kriminellen Verstoß begangen zu haben.

Mexiko:

In bezug auf Artikel 16 halten sich die Vereinigten Mexikanischen Staaten an den Geltungsbereich und die Einschränkungen, die von der Regierung Mexikos am 7. November 1945 anlässlich der Ratifizierung der Charta der Vereinten Nationen und des Statuts des Internationalen Gerichtshofes festgelegt wurden.

Niederlande:

„Nach Ansicht der Regierung des Königreichs der Niederlande läßt Artikel 15 des Übereinkommens und insbesondere der 2. Satz dieses Artikels die Anwendbarkeit des Artikels 33 der Konvention über die Rechtsstellung der Flüchtlinge vom 28. Juli 1951 völlig unberührt.“

„In jenen Fällen, in denen die Justizbehörden der Niederlande, der Niederländischen Antillen oder Arubas ihre Gerichtsbarkeit in Übereinstimmung mit einem der in Artikel 5 Absatz 1 genannten Grundsätze nicht ausüben können, nimmt das Königreich die erwähnte (in Artikel 8 verankerte) Verpflichtung unter der Bedingung an, daß es ein Auslieferungersuchen von einem anderen Vertragsstaat des Übereinkommens erhalten und abgelehnt hat.“

Sowjetunion:

Die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken betrachtet sich durch Artikel 16 Absatz 1 des Internationalen Übereinkommens gegen Geiselnahme als nicht gebunden und erklärt, daß bei jeder Streitigkeit zwischen Vertragsstaaten über die Auslegung oder Anwendung dieses Übereinkommens, die einem Schiedsverfahren unterworfen oder dem Internationalen Gerichtshof unterbreitet werden soll, in jedem einzelnen Fall die Zustimmung aller Streitparteien gewährleistet sein muß.

Die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken verurteilt den internationalen Terrorismus, der das Leben unschuldiger Menschen fordert, eine Bedrohung ihrer Freiheit und persönlichen Unverletzlichkeit darstellt und die internationale Lage destabilisiert, ungeachtet der Beweggründe, die als Erklärung für terroristische Handlungen herangezogen werden. Dementsprechend ist die Union der

Sozialistischen Sowjetrepubliken der Ansicht, daß Artikel 9 Absatz 1 des Übereinkommens in einer im Einklang mit den erklärten Zielen des Übereinkommens stehenden Art und Weise zur Anwendung kommen soll; dazu zählt die Entwicklung einer internationalen Zusammenarbeit bei der Ergreifung wirksamer Maßnahmen zur Verhütung, strafrechtlichen Verfolgung und Bestrafung aller Akte von Geiselnahme als Ausdruck des internationalen Terrorismus, ua. durch die Auslieferung von Tatverdächtigen.

Tschechoslowakei:

Wir treten dem Übereinkommen bei und erklären gemäß Artikel 16 Absatz 2 des Übereinkommens, daß die Tschechoslowakische Sozialistische Republik sich durch die Bestimmung des Artikels 16 Absatz 1 als nicht gebunden betrachtet und feststellt, daß gemäß dem Grundsatz der souveränen Gleichheit der Staaten bei allen einem Schlichtungsverfahren zu unterwerfenden oder dem Internationalen Gerichtshof zu unterbreitenden Streitigkeiten in jedem einzelnen Fall die Zustimmung aller Streitparteien erforderlich ist.

Ukraine:

Gleichlautender Vorbehalt wie die Sowjetunion.

Ungarn:

Ungarn betrachtet sich durch die in Artikel 16 Absatz 1 des Übereinkommens vorgesehenen Verfahren zur Beilegung von Streitigkeiten als nicht gebunden, daß sich ihrer Auffassung nach die Zuständigkeit jedes Schiedsgerichtes oder des Internationalen Gerichtshofes nur darauf gründen kann, daß alle betroffenen Parteien sich freiwillig und im vorhinein mit einer solchen Zuständigkeit einverstanden erklärt haben.

Weißrußland:

Gleichlautender Vorbehalt wie die Sowjetunion.

Gemäß weiteren Mitteilungen des Generalsekretärs der Vereinten Nationen zufolge haben nachstehende Staaten den anlässlich der Hinterlegung ihrer Beitrittsurkunde erklärten Vorbehalt zu Artikel 16 Absatz 1 zurückgenommen:

Tschechoslowakei mit Wirksamkeit vom 26. April 1991. Ungarn mit Wirksamkeit vom 8. Dezember 1989.

Vranitzky

562.

(Übersetzung)

ACCORD

ENTRE LE MINISTRE FÉDÉRAL DE L'ECONOMIE PUBLIQUE ET DES TRANSPORTS DE LA RÉPUBLIQUE D'AUTRICHE ET LE MINISTRE DES TRANSPORTS DE LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE AU TITRE DU MARGINAL 2010 DE L'ADR RELATIF AU TRANSPORT DE COKE IMPRÉGNÉ DE MAGNÉSIUM AVEC 42,5% MAIS AU PLUS 48% DE TENEUR EN MAGNÉSIUM EN TANT QUE MATIÈRE DE LA CLASSE 4.3, 1° d).

(1) Par dérogation aux prescriptions des marginaux 2470 et 2471 de l'ADR, le coke imprégné de magnésium avec 42,5% mais au plus 48% de teneur en magnésium en tant que matière de la classe 4.3, 1° d) peut être transporté par route dans les conditions suivantes:

VEREINBARUNG

ZWISCHEN DEM BUNDESMINISTER FÜR ÖFFENTLICHE WIRTSCHAFT UND VERKEHR DER REPUBLIK ÖSTERREICH UND DEM VERKEHRSMINISTER DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND NACH RN. 2010 ADR ÜBER DIE BEFÖRDERUNG VON MAGNESIUM-IMPRÄGNIERTEM KOKS MIT EINEM DURCHSCHNITTlichen MAGNESIUMGEHALT VON 42,5%, HÖCHSTENS JEDOCH 48,0%, ALS STOFF DER KLASSE 4.3, ZIFF. 1 d)

(1) Abweichend von Rn. 2470 und 2471 ADR darf magnesium-imprägnierter Koks mit einem durchschnittlichen Magnesiumgehalt von 42,5% höchstens jedoch 48,0% als Stoff der Klasse 4.3 Ziffer 1 d) ADR unter folgenden Bedingungen auf der Straße befördert werden:

1. Agrément de matière et d'emballage

- 1.1 La matière doit être éprouvée conformément aux recommandations sur les épreuves et critères, adoptées par les Nations Unies — chapitre 14, alinéa 14.4 des Recommandations de l'ONU relatives au transport des marchandises dangereuses — et elle ne doit pas nécessairement, eu égard aux résultats des épreuves, être classée dans les groupes d'emballage I ou II.

2. Emballages**2.1 Fûts**

La matière doit être emballée dans des fûts en acier à dessus amovible du code 1A2 avec une contenance maximale de 250 litres.

2.2 Emballages combinés

Peuvent être utilisés aussi des emballages composites avec récipients intérieurs en matière métallique d'une contenance maximale de 40 litres et des caisses en acier, en bois ou en carton du code 4A1, 4B1, 4C, 4D, 4F ou 4G en tant qu'emballage extérieur.

2.3 Epreuve du type de construction

Les emballages seront soumis avec succès à une épreuve sur le type de construction selon les prescriptions de l'appendice A.5 de l'ADR. Sont applicables les conditions relatives aux matières solides du groupe d'emballage III.

3. Autres prescriptions

- 3.1 Selon le point 2.2, un colis ne doit pas peser plus de 75 kg.
3.2 Les autres prescriptions relatives aux matières de la classe 4.3, 1° d) sont applicables par analogie.

(2) L'expéditeur devra porter dans le document de transport la mention supplémentaire suivante: «Transport convenu au terme du marginal 2010 de l'ADR.»

(3) Le présent accord s'applique jusqu'à sa révocation par une des parties contractantes aux transports effectués entre l'Autriche et l'Allemagne.

Vienne, le 30. 11. 1990

Pour le Ministre fédéral de l'Economie Publique et des Transports de la République d'Autriche:

Kafka

Bonn, le 20. 8. 1991

L'autorité compétente pour l'ADR de la République fédérale d'Allemagne:

Pour le Ministre fédéral des Transports:

Quester

1. Stoff- und Verpackungszulassung

- 1.1 Der Stoff muß nach den von den Vereinten Nationen verabschiedeten Empfehlungen für Prüfverfahren und Einstufungskriterien — Kapitel 14 Abs. 14.4 der UN-Empfehlungen über die Beförderung gefährlicher Güter — geprüft sein und darf anhand der Prüfergebnisse keine Einstufung in die Verpackungsgruppen I oder II erfordern.

2. Verpackungen**2.1 Fässer**

Der Stoff ist in Fässer aus Stahl mit abnehmbarem Deckel (1A2) mit einem Fassungsraum von höchstens 250 l zu verpacken.

2.2 Zusammengesetzte Verpackungen

Es dürfen auch zusammengesetzte Verpackungen mit Innengefäßen aus Metall mit einem Fassungsraum von höchstens 40 l und Kisten aus Metall, Holz oder Pappe der Kodierung 4A1, 4B1, 4C, 4D, 4F oder 4G als Außenverpackungen verwendet werden.

2.3 Bauartprüfung

Die Verpackungen ggf. mit Innenverpackungen müssen einer Bauartprüfung nach Anhang A.5 ADR mit Erfolg unterzogen worden sein. Es sind die Vorschriften für feste Stoffe der Verpackungsgruppe III anzuwenden.

3. Sonstige Vorschriften

- 3.1 Ein Versandstück nach 2.2 darf nicht schwerer als 75 kg sein.
3.2 Die übrigen für Stoffe der Klasse 4.3 Ziffer 1 d) ADR geltenden Vorschriften sind entsprechend anzuwenden.

(2) Im Beförderungspapier hat der Absender zusätzlich zu vermerken: „Beförderung vereinbart nach Rn. 2010 des ADR.“

(3) Diese Vereinbarung gilt im Verkehr zwischen der Republik Österreich und der Bundesrepublik Deutschland bis auf Widerruf durch eine der Vertragsparteien.

Wien, am 30. 11. 1990

Für den Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr der Republik Österreich:

Kafka

Bonn, am 20. 8. 1991

Die für das ADR zuständige Behörde der Bundesrepublik Deutschland:

Der Bundesminister für Verkehr:

Quester

Vranitzky

563.

(Übersetzung)

ACCORD

ENTRE LE MINISTRE FÉDÉRAL DE L'ECONOMIE PUBLIQUE ET DES TRANSPORTS DE LA RÉPUBLIQUE AUTRICHE ET DU ROYAUME DE LA NORVÈGE AU TITRE DU MARGINAL 10 602 DE L'ADR RELATIF AUX MESURES TRANSITOIRES CONCERNANT L'AMENDEMENT DE L'ADR DU 1.1. 1990

1. Par dérogation aux dispositions de l'appendice B.1 a

- a) les citernes fixes (véhicules-citernes), les citernes démontables et les batteries de récipients construites avant le 1^{er} mai 1985 et qui sont conformes aux prescriptions applicables jusqu'à cette date pourront encore être utilisées jusqu'au 31.12. 1993 dans le transport international même si, en ce qui concerne l'épaisseur de paroi et l'équipements, ces récipients ne satisfont pas aux prescriptions applicables à partir du 1^{er} janvier 1990;
- b) les citernes fixes (véhicules-citernes), les citernes démontables et les batteries de récipients construites avant le 1^{er} janvier 1990 conformément aux prescriptions de l'ADR et qui sont conformes aux dispositions en vigueur à partir du 1. 5. 1985 mais non pas aux prescriptions concernant l'épaisseur de paroi et les équipements, applicables à partir du 1^{er} janvier 1990, pourront encore être utilisées jusqu'au 30. 9. 1999.

2. L'expéditeur devra porter dans le document de transport la mention supplémentaire suivante: «Transport convenu aux termes du marginal 10 602 de l'ADR.»

3. Le présent accord s'applique jusqu'à sa révocation par une des Parties contractantes aux transports effectués entre la République d'Autriche et de la Norvège.

En outre, dans le cas d'entrée en vigueur de mesures transitoires divergentes à la Section I/8 de l'appendice B.1 a de l'ADR cet accord sera abrogé.

Oslo, le 12. 9. 1991

L'Autorité compétente pour l'ADR du Royaume de la Norvège:

I. Tenold

Vienne, le 29. 11. 1989

Pour le Ministre Fédéral de l'Economie Publique et des Transports de la République d'Autriche:

Kafka

VEREINBARUNG

ZWISCHEN DEM BUNDESMINISTER FÜR ÖFFENTLICHE WIRTSCHAFT UND VERKEHR DER REPUBLIK ÖSTERREICH UND DER FÜR DAS ADR ZUSTÄNDIGEN BEHÖRDE DES KÖNIGREICHES NORWEGEN GEMÄSS RN. 10 602 ADR BETREFFEND ÜBERGANGSVORSCHRIFTEN HINSICHTLICH DER ADR-NOVELLE VOM 1.1. 1990

1. Abweichend von den Vorschriften der Anlage B.1 a dürfen

- a) festverbundene Tanks (Tankfahrzeuge), Aufsetztanks und Gefäßbatterien, die vor dem 1. Mai 1985 nach den bis zu diesem Zeitpunkt gültigen Vorschriften des ADR gebaut worden sind und diesen Vorschriften entsprechen, bis 31.12. 1993 im internationalen Verkehr weiterverwendet werden, auch wenn sie hinsichtlich Wanddicke und Ausrüstung nicht den ab 1. 1. 1990 geltenden Vorschriften entsprechen;
- b) festverbundene Tanks (Tankfahrzeuge), Aufsetztanks und Gefäßbatterien, die vor dem 1. 1. 1990 nach den Vorschriften des ADR gebaut wurden und den ab 1. Mai 1985 geltenden Vorschriften entsprechen, nicht aber hinsichtlich Wanddicke und Ausrüstung den Vorschriften, die ab 1. 1. 1990 gelten, bis 30. 9. 1999 weiterverwendet werden.

2. Im Beförderungspapier hat der Absender zusätzlich zu vermerken: „Beförderung vereinbart nach Rn. 10 602 des ADR.“

3. Diese Vereinbarung gilt im Verkehr zwischen der Republik Österreich und Norwegen bis auf Widerruf durch eine der Vertragsparteien.

Sie tritt darüber hinaus bei Inkrafttreten abweichender Übergangsbestimmungen im Abschnitt I/8 des Anhangs B.1 a des ADR außer Kraft.

Oslo, den 12. 9. 1991

Die für das ADR zuständige Behörde des Königreiches Norwegen:

I. Tenold

Wien, den 29. 11. 1989

Für den Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr der Republik Österreich:

Kafka

Vranitzky

564.

Der Nationalrat hat beschlossen:

Der Abschluß des nachstehenden Staatsvertrages wird genehmigt.

Protokoll über den Beitritt Boliviens zum Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen

**PROTOCOL FOR THE ACCESSION OF
BOLIVIA TO THE GENERAL AGREE-
MENT ON TARIFFS AND TRADE**

The governments which are contracting parties to the General Agreement on Tariffs and Trade (hereinafter referred to as "contracting parties" and "the General Agreement", respectively), the European Economic Community and the Government of Bolivia (hereinafter referred to as "Bolivia"),

HAVING REGARD to the results of the negotiations directed towards the accession of Bolivia to the General Agreement,

HAVE through their representatives agreed as follows:

PART I — GENERAL

1. Bolivia shall, upon entry into force of this Protocol pursuant to paragraph 6, become a contracting party to the General Agreement, as defined in Article XXXII thereof, and shall apply to contracting parties provisionally and subject to this Protocol:

- (a) Parts I, III and IV of the General Agreement, and
- (b) Part II of the General Agreement to the fullest extent not inconsistent with its legislation existing on the date of this Protocol.

The obligations incorporated in paragraph 1 of Article I by reference to Article III and those incorporated in paragraph 2 (b) of Article II by reference to Article VI of the General Agreement shall be considered as falling within Part II for the purpose of this paragraph.

- 2. (a) The provisions of the General Agreement to be applied to contracting parties by Bolivia shall, except as otherwise provided in this Protocol, be the provisions contained in the text annexed to the Final Act of the second session of the Preparatory Committee of the United Nations Conference on Trade and Employment, as rectified, amended or otherwise modified by such instruments as may have become effective on the day on which Bolivia becomes a contracting party.
- (b) In each case in which paragraph 6 of Article V, sub-paragraph 4 (d) of Article VII, and sub-paragraph 3 (c) of Article X of the General Agreement refer to

that Agreement, the applicable date in respect of Bolivia shall be the date of this Protocol.

PART II — SCHEDULE

- 3. The schedule in the annex shall, upon the entry into force of this Protocol, become a schedule to the general Agreement relating to Bolivia.
- 4. (a) In each case in which paragraph 1 of Article II of the General Agreement refers to the date of the Agreement, the applicable date in respect of each product which is the subject of a concession provided for in the Schedule annexed to this Protocol shall be the date of this Protocol.
- (b) For the purpose of the reference in paragraph 6 (a) of Article II of the General Agreement to the date of that Agreement, the applicable date in respect of the Schedule annexed to this Protocol shall be the date of this Protocol.

PART III — FINAL PROVISIONS

5. This Protocol shall be deposited with the Director-General to the CONTRACTING PARTIES. It shall be open for signature by Bolivia until 31 January 1990. It shall also be open for signature by contracting parties and by the European Economic Community.

6. This Protocol shall enter into force on the thirtieth day following the day upon which it shall have been signed by Bolivia.

7. Bolivia, having become a contracting party to the General Agreement pursuant to paragraph 1 of this Protocol, may accede to the General Agreement upon the applicable terms of this Protocol by deposit of an instrument of accession with the Director-General. Such accession shall take effect on the day on which the General Agreement enters into force pursuant to Article XXVI or on the thirtieth day following the day of the deposit of the instrument of accession, whichever is the later. Accession to the General Agreement pursuant to this paragraph shall, for the purposes of paragraph 2 of Article XXXII of that Agreement, be regarded as acceptance of the Agreement pursuant to paragraph 4 of Article XXVI thereof.

8. Bolivia may withdraw its provisional application of the General Agreement prior to its accession thereto pursuant to paragraph 7 and such withdrawal shall take effect on the sixtieth day following the day on which written notice thereof is received by the Director-General.

9. The Director-General shall promptly furnish a certified copy of this Protocol and a notification of each signature thereto, pursuant to paragraph 5 to each contracting party, to the European Economic Community, to Bolivia and to each government which shall have acceded provisionally to the General Agreement.

10. This Protocol shall be registered in accordance with the provisions of Article 102 of the Charter of the United Nations.

Done at Geneva this third day of August one thousand nine hundred and eighty-nine, in a single copy, in the English, French and Spanish languages, except as otherwise specified with respect to the Schedule annexed hereto, each text being authentic.

PROTOCOLE D'ACCESSION DE LA BOLIVIE A L'ACCORD GÉNÉRAL SUR LES TARIFS DOUANIERS ET LE COMMERCE

Les gouvernements qui sont parties contractantes à l'Accord général sur les tarifs douaniers et le commerce (dénommés ci-après « les parties contractantes » et « l'Accord général » respectivement), la Communauté économique européenne et le gouvernement de la Bolivie (dénommé ci-après « la Bolivie »),

EU ÉGARD aux résultats des négociations menées en vue de l'accession de la Bolivie à l'Accord général,

SONT CONVENUS, par l'intermédiaire de leurs représentants, des dispositions suivantes:

PREMIÈRE PARTIE — DISPOSITIONS GÉNÉRALES

1. A compter de la date à laquelle le présent Protocole entrera en vigueur conformément au paragraphe 6 ci-après, la Bolivie sera partie contractante à l'Accord général au sens de l'article XXXII dudit Accord et appliquera aux parties contractantes, à titre provisoire et sous réserve des dispositions du présent Protocole:

- (a) Les Parties I, III et IV de l'Accord général;
- (b) La Partie II de l'Accord général dans toute la mesure compatible avec sa législation existant à la date du présent Protocole.

Les obligations stipulées au paragraphe 1 de l'article premier par référence à l'article III et celles qui sont stipulées à l'alinéa b) du paragraphe 2 de l'article II par référence à l'article VI de l'Accord général seront considérées, aux fins du présent paragraphe, comme relevant de la Partie II de l'Accord général.

- 2. (a) Les dispositions de l'Accord général qui devront être appliquées aux parties contractantes par la Bolivie seront, sauf disposition contraire du présent Protocole, celles qui figurent dans le texte annexé à l'Acte final de la deuxième session de la Commission préparatoire de la Conférence des Nations Unies sur le commerce et l'emploi, telles qu'elles auront été rectifiées, amendées ou autrement modifiées par des instruments qui seront devenus effectifs à la date à laquelle la Bolivie deviendra partie contractante.
- (b) Dans chaque cas où le paragraphe 6 de l'article V, l'alinéa d) du paragraphe 4 de l'article VII et l'alinéa c) du paragraphe 3 de l'article X de l'Accord général mentionnent la date dudit Accord, la date applicable en ce qui concerne la Bolivie sera la date du présent Protocole.

DEUXIÈME PARTIE — LISTE

3. La liste reproduite à l'annexe deviendra une liste annexée à l'Accord général dès l'entrée en vigueur du présent Protocole.

- 4. (a) Dans chaque cas où le paragraphe 1 de l'article II de l'Accord général mentionne la date dudit Accord, la date applicable en ce qui concerne chaque produit faisant l'objet d'une concession reprise dans la Liste annexée au présent Protocole sera la date du présent Protocole.
- (b) Dans le cas de l'alinéa a) du paragraphe 6 de l'article II de l'Accord général qui mentionne la date dudit Accord, la date applicable en ce qui concerne la Liste annexée au présent Protocole sera la date du présent Protocole.

TROISIÈME PARTIE — DISPOSITIONS FINALES

5. Le présent Protocole sera déposé auprès du Directeur général des PARTIES CONTRACTANTES. Il sera ouvert à la signature de la Bolivie jusqu'au 31 janvier 1990. Il sera également ouvert à la signature des parties contractantes et de la Communauté économique européenne.

6. Le présent Protocole entrera en vigueur le trentième jour qui suivra celui où il aura été signé par la Bolivie.

7. La Bolivie étant devenue partie contractante à l'Accord général conformément au paragraphe 1 du présent Protocole pourra accéder audit Accord selon les clauses applicables du présent Protocole, en déposant un instrument d'accession auprès du Directeur général. L'accession prendra effet à la date à laquelle l'Accord général entrera en vigueur conformément aux dispositions de l'article XXVI, ou le trentième jour qui suivra celui du dépôt de l'instrument d'accession si cette date est postérieure à la première. L'accession à l'Accord général conformément au présent paragraphe sera considérée, aux fins de l'application du paragraphe 2 de l'article XXXII dudit Accord, comme une acceptation de l'Accord conformément au paragraphe 4 de l'article XXVI dudit Accord.

8. La Bolivie pourra, avant son accession à l'Accord général conformément aux dispositions du paragraphe 7, dénoncer son application provisoire dudit Accord; une telle dénonciation prendra effet le soixantième jour qui suivra celui où le Directeur général en aura reçu notification par écrit.

9. Le Directeur général remettra sans retard à chaque partie contractante, à la Communauté économique européenne, à la Bolivie et à chaque gouvernement qui aura accédé à l'Accord général à titre provisoire, une copie certifiée conforme du présent Protocole et une notification de chaque signature dudit Protocole conformément au paragraphe 5.

10. Le présent Protocole sera enregistré conformément aux dispositions de l'article 102 de la Charte des Nations Unies.

Fait à Genève, le trois août mil neuf cent quatre-vingt-neuf, en un seul exemplaire, en langues française, anglaise et espagnole, sauf autre disposition stipulée pour la Liste ci-annexée, les trois textes faisant également foi.

PROTOCOLO DE ADHESION DE BOLIVIA AL ACUERDO GENERAL SOBRE ARANCELES ADUANEROS Y COMERCIO

Los gobiernos que son partes contratantes del Acuerdo General sobre Aranceles Aduaneros y Comercio (denominados en adelante «las partes contratantes» y «el Acuerdo General» respectivamente), la Comunidad Económica Europea y el Gobierno de Bolivia (denominado en adelante «Bolivia»),

HABIDA CUENTA de los resultados de las negociaciones celebradas para la adhesión de Bolivia al Acuerdo General,

ADOPTAN, por medio de sus representantes, las disposiciones siguientes:

PRIMERA PARTE — DISPOSICIONES GENERALES

1. A partir del día en que entre en vigor el presente Protocolo de conformidad con el párrafo 6, Bolivia será parte contratante del Acuerdo General en el sentido del artículo XXXII de dicho Acuerdo, y aplicará a las partes contratantes, provisionalmente y con sujeción a las disposiciones del presente Protocolo:

- a) Las Partes I, III y IV del Acuerdo General, y
- b) La Parte II del Acuerdo General en toda la medida que sea compatible con su legislación vigente en la fecha del presente Protocolo.

A los efectos de este párrafo, se considerará que están comprendidas en la Parte II del Acuerdo General las obligaciones a que se refiere el párrafo 1 del artículo primero remitiéndose al artículo III y aquellas a que se refiere el apartado b) del párrafo 2 del artículo II remitiéndose al artículo VI del citado Acuerdo.

- 2. a) Las disposiciones del Acuerdo General que deberá aplicar Bolivia a las partes contratantes serán, salvo si se dispone lo contrario en el presente Protocolo, las que figuran en el texto anexo al Acta final de la segunda reunión de la Comisión Preparatoria de la Conferencia de las Naciones Unidas sobre Comercio y Empleo, según se hayan rectificado, enmendado o modificado de otro modo por medio de los instrumentos que hayan entrado en vigor en la fecha en que Bolivia pase a ser parte contratante.
- b) En todos los casos en que el párrafo 6 del artículo V, el apartado d) del párrafo 4 del artículo VII y el apartado c) del párrafo 3 del artículo X del Acuerdo General se refieren a la fecha de este último, la aplicable en lo que concierne a Bolivia será la del presente Protocolo.

SEGUNDA PARTE — LISTA

3. Al entrar en vigor el presente Protocolo, la lista del anexo pasará a ser la Lista de Bolivia anexa al Acuerdo General.

- 4. a) En todos los casos en que el párrafo 1 del artículo II del Acuerdo General se refiere a la fecha de este Acuerdo, la aplicable, en lo

que concierne a cada producto que sea objeto de una concesión comprendida en la Lista anexa al presente Protocolo, será la de este último.

- b) A los efectos de la referencia que se hace en el apartado a) del párrafo 6 del artículo II del Acuerdo General a la fecha de dicho Acuerdo, la aplicable en lo que concierne a la Lista anexa al presente Protocolo será la de este último.

TERCERA PARTE — DISPOSICIONES FINALES

5. El presente Protocolo se depositará en poder del Director General de las PARTES CONTRATANTES. Estará abierto a la firma de Bolivia hasta el 31 de enero de 1990. También estará abierto a la firma de las partes contratantes y de la Comunidad Económica Europea.

6. El presente protocolo entrará en vigor a los treinta días de haberlo firmado Bolivia.

7. Bolivia, cuando haya pasado a ser parte contratante del Acuerdo General de conformidad con el párrafo 1 del presente Protocolo, podrá adherirse a dicho Acuerdo, en las condiciones enunciadas en el presente Protocolo, depositando un instrumento de adhesión en poder del Director General. La adhesión empezará a surtir efecto el día en que el Acuerdo General entre en vigor de conformidad con lo dispuesto en el artículo XXVI, o a los treinta días de haberse depositado el instrumento de adhesión en caso de que esta fecha sea posterior. La adhesión al Acuerdo General de conformidad con el presente párrafo se considerará, a los efectos del párrafo 2 del artículo XXXII de dicho Acuerdo, como la aceptación de éste con arreglo al párrafo 4 de su artículo XXVI.

8. Bolivia podrá renunciar a la aplicación provisional del Acuerdo General antes de adherirse a él de conformidad con lo dispuesto en el párrafo 7, y su renuncia empezará a surtir efecto a los sesenta días de haber recibido el Director General el aviso por escrito.

9. El Director General remitirá sin dilación copia autenticada del presente Protocolo, así como notificación de cada firma que en él se ponga de conformidad con el párrafo 5, a cada parte contratante, a la Comunidad Económica Europea, a Bolivia y a cada gobierno que se haya adherido provisionalmente al Acuerdo General.

10. El presente Protocolo será registrado de conformidad con las disposiciones del Artículo 102 de la Carta de las Naciones Unidas.

Hecho en Ginebra, el día tres de agosto de mil novecientos ochenta y nueve, en un solo ejemplar y

en los idiomas español, francés e inglés, salvo indicación en contrario en lo que concierne a la lista anexa, siendo cada uno de los textos igualmente auténticos.

(Übersetzung)

PROTOKOLL ÜBER DEN BEITRITT BOLIVIENS ZUM ALLGEMEINEN ZOLL- UND HANDELSABKOMMEN

DIE REGIERUNGEN, die Vertragsparteien des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens sind (im folgenden als „Vertragsparteien“ bzw. als „Allgemeines Abkommen“ bezeichnet), die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft und die Regierung Boliviens (im folgenden „Bolivien“ bezeichnet), sind

UNTER BERÜCKSICHTIGUNG der Ergebnisse der Verhandlungen über den Beitritt Boliviens zum Allgemeinen Abkommen,

DURCH ihre Vertreter wie folgt übereingekommen:

TEIL I

Allgemeine Bestimmungen

1. Bolivien wird, sobald dieses Protokoll gemäß Abs. 6 in Kraft tritt, zu einer Vertragspartei des Allgemeinen Abkommens im Sinne seines Artikels XXXII und wendet den Vertragsparteien gegenüber vorläufig und nach Maßgabe dieses Protokolls an:

- a) Teile I, III und IV des Allgemeinen Abkommens und
- b) Teil II des Allgemeinen Abkommens im größtmöglichen Ausmaß, das mit seinen am Tage des Datums des Protokolls bestehenden Rechtsvorschriften vereinbar ist.

Die Verpflichtungen gemäß Art. I Abs. 1 des Allgemeinen Abkommens, soweit darin auf Art. III des Allgemeinen Abkommens Bezug genommen wird, und die Verpflichtungen gemäß Art. II Abs. 2, lit. b, soweit darin auf die Artikel VI des Allgemeinen Abkommens Bezug genommen wird, werden für die Zwecke dieses Absatzes als zu Teil II des Allgemeinen Abkommens gehörig angesehen.

- 2. a) Falls in diesem Protokoll nicht anders bestimmt ist, sind die von Bolivien den Vertragsparteien gegenüber anzuwendenden Bestimmungen des Allgemeinen Abkommens diejenigen, die in dem Text enthalten sind, welcher der Schlußakte der zweiten Tagung des Vorbereitenden Komitees der Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Beschäftigung angeschlossen ist, und zwar in der durch solche Übereinkommen berichtigten, er-

gänzten oder auf andere Weise geänderten Fassung, die am Tage, an dem Bolivien Vertragspartei wird, in Kraft stehen.

- b) In den Fällen, in denen Art. V Abs. 6, Art. VII Abs. 4 lit. d und Art. X Abs. 3 lit. c des Allgemeinen Abkommens auf das Datum jenes Abkommens Bezug nehmen, ist für Bolivien das Datum dieses Protokolls anzuwenden.

TEIL II

Liste der Zollzugeständnisse

3. Sobald dieses Protokoll in Kraft tritt, wird die Liste in der Anlage zu einer Liste des Allgemeinen Abkommens bezüglich Bolivien.

4. a) In den Fällen, in denen Art. II Abs. 1 des Allgemeinen Abkommens auf das Datum jenes Abkommens Bezug nimmt, ist für jede Ware, die Gegenstand eines Zugeständnisses im Rahmen der diesem Protokoll beigefügten Liste der Zollzugeständnisse ist, das Datum dieses Protokolls anzuwenden.
- b) Betreffend die Bezugnahme in Art. II Abs. 6 lit. a des Allgemeinen Abkommens auf das Datum jenes Abkommens, ist das für die diesem Protokoll beigefügte Liste der Zollzugeständnisse anzuwendende Datum das Datum dieses Protokolls.

TEIL III

Schlußbestimmungen

5. Dieses Protokoll wird beim Generaldirektor der Vertragsparteien hinterlegt. Es liegt zur Unterzeichnung durch Bolivien bis 31. Jänner 1990 auf. Es liegt auch zur Unterzeichnung durch Vertragsparteien und die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft auf.

6. Dieses Protokoll tritt am dreißigsten Tag nach dem Tage seiner Unterzeichnung durch Bolivien in Kraft.

7. Nachdem Bolivien nach Abs. 1 dieses Protokolls eine Vertragspartei des Allgemeinen Abkommens geworden ist, kann es dem Allgemeinen Abkommen auf Grund der anwendbaren Bestimmungen des Protokolls durch Hinterlegung einer Beitrittsurkunde beim Generaldirektor beitreten. Dieser Beitritt wird an dem Tage wirksam, an dem das Allgemeine Abkommen nach Art. XXVI in Kraft tritt bzw. am dreißigsten Tag nach dem Tag der Hinterlegung der Beitrittsurkunde, je nachdem, welcher Zeitpunkt der spätere ist. Der Beitritt zum Allgemeinen Abkommen gemäß dieses Absatzes wird für die Zwecke des Art. XXXII Abs. 2 jenes Abkommens als Annahme des Abkommens gemäß seinem Art. XXVI Abs. 4 angesehen.

8. Bolivien kann die vorläufige Anwendung des Allgemeinen Abkommens vor seinem Beitritt zu diesem gemäß Abs. 7 zurücknehmen. Eine derartige Zurücknahme wird am sechzigsten Tag nach dem Tag wirksam, an dem eine schriftliche Mitteilung hierüber beim Generaldirektor einlangt.

9. Der Generaldirektor übermittelt unverzüglich eine beglaubigte Abschrift dieses Protokolls und eine Notifikation über jede Unterzeichnung desselben gemäß Abs. 5 an jede Vertragspartei, an die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, an Bolivien und an jede Regierung, die dem Allgemeinen Abkommen vorläufig beigetreten ist.

10. Dieses Protokoll wird nach Artikel 102 der Satzung der Vereinten Nationen registriert.

GESCHEHEN zu Genf am dritten August neunzehnhundertneunundachtzig, in einer einzigen Urschrift in englischer, französischer und spanischer Sprache, ausgenommen einer möglichen anderen Regelung betreffend die hier angeschlossene Liste, wobei jeder Text authentisch ist.

Der anlässlich der Unterzeichnung des Protokolls erklärte Vorbehalt der Ratifikation wurde am 26. September 1991 zurückgezogen; das Protokoll ist für Österreich mit demselben Tag in Kraft getreten.

Vranitzky